

P.2/VIII/128

Bonn, den 10. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

|       |  |    |
|-------|--|----|
| 1     | <u>Die große Stadt und ihre Gegner</u>   | 44 |
|       | Die Verpflichtung von Bund und Ländern<br>Von Dr. Hans-Jochen Vogel<br>Oberbürgermeister von München         |    |
| 2     | <u>Abschreckend</u>  | 21 |
|       | Zum Felfe-Prozess  |    |
| 2     | <u>Aus dem Zeitgeschehen:</u>  |    |
|       | <u>Globke und kein Ende</u>  | 29 |
|       |  | 0  |
| 3     | <u>Rückzug aus der Landespolitik</u>   | 50 |
|       | Ein begrüßenswerter Entschluß des Bundesverteidigungsministers   |    |
| 4 - 5 | <u>Bedrängte Kirche</u>  | 57 |
|       | Vor Maßnahmen gegen die Evangelische Kirche in der Zone ?<br>Von Eberhard Zachmann, Berlin                   |    |
| 6     | <u>Stellvertreter Titos</u>  | 50 |
|       | Jugoslawiens Staatsspitze mit neuen Akzenten<br>Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher |    |

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

## Die große Stadt und ihre Gegner

### Die Verpflichtung von Bund und Ländern

Von Dr. Hans-Jochen Vogel

Oberbürgermeister von München

Es ist gar keine Frage: Die große Stadt hat Gegner. Nicht sehr viel offene, die geradeheraus ihre Auflösung oder Aufteilung fordern - aber doch allerlei versteckte, die vorsichtiger zu Werke gehen. Das sind die, die grundsätzlich nicht von den großen Städten, sondern von den Ballungen reden, wenn sie Hamburg oder München, Stuttgart oder Essen meinen; die nach Entballung rufen und gleichzeitig davor warnen, diese Ballungen etwa durch die Behebung ihrer Verkehrsnot noch attraktiver zu machen. Erst kürzlich hat ein prominenter Entballer sogar Zuzugssperren für die Ballungen verlangt.

Sie alle sind den großen Städten aus mancherlei Gründen nicht grün. Einige auch nur deshalb, weil ihnen die Wahlergebnisse in den Städten nicht gefallen. Aber sie werden das Rad der Geschichte nicht aufhalten. Der Zug zu den großen Städten ist eine zwangsläufige Folge der wirtschaftlichen und soziologischen Entwicklung in der ganzen Welt. Und die großen Städte sind heute schon die Zentren der Produktion und auch des Bildungswesens. Es ist auch nicht wahr, daß sich die Bürger in ihnen nicht wohlfühlen. In München haben beispielsweise bei einer Umfrage 75 Prozent der Befragten erklärt, daß sie die Stadt unter gar keinen Umständen verlassen wollen - auch dann nicht, wenn sie anderswo mehr verdienen würden.

Sicher haben auch die Großstädte ihre Probleme. Aber ihnen kann nicht mit Restriktionen und einer Politik des im-eigenen-Saft-schmoozeln begegnet werden. Vielmehr gilt es, die Entwicklung zu kanalisieren und mit Hilfe langfristiger Stadtentwicklungs- und Investitionspläne auf ein vernünftiges Ziel hinzulenken. Drei Aufgaben stehen dabei in Vordergrund: der Bau neuer Siedlungen, der Verkehrsausbau, insbesondere der Bau neuer leistungsfähiger Massenverkehrsmittel und die Erhaltung und Erweiterung der Grünflächen.

Bund und Länder sollten den Städten bei der Bewältigung dieser Aufgaben helfen und nicht den Städtegegnern ihr Ohr leihen. Vor allem dem Bund böte sich hier ein reiches Betätigungsfeld, so etwa bei der Gewährung von Zuschüssen für den Ausbau von Massenverkehrssystemen und für Maßnahmen der Städteanierung. Falls Vorbilder gesucht werden - sie sind leicht zu finden, Man braucht nur die Sonderbotschaft nachzulesen, die Präsident Kennedy im März dieses Jahres an den US-Kongreß richtete. Im Kapitel "Erhaltung und Stärkung unserer Stadt- und Großstadtgebiete" fordert er für die Stadtgemeinden ausreichende und fortlaufende Unterstützung durch eine langfristige Verpflichtung seitens des Staates. Er schlägt daher dem Kongreß unter anderem vor, zur Neugestaltung der Städte innerhalb von vier Jahren 2.500 Millionen Dollar zu bewilligen.

Und noch etwas: Im Gegensatz zu vielen Subventionen tragen die Gelder, die man den Steuerzahlern in den Städten für den Verkehrsausbau beläßt, mit Sicherheit Zinsen und Zinseszinsen.

Erschreckend

Zum Felfe-Prozeß

sp - Höchst beunruhigende Tatbestände werden in dem vor dem Dritten Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe laufenden Prozeß gegen den der Spionage zugunsten der Sowjetunion angeklagten ehemaligen Regierungsrat Felfe und seine Komplizen offenbar. Die Sowjets hatten es sehr leicht, Menschen für sich zu ködern, denen unser aller Sicherheit anvertraut ist. Sie waren in Kenntnis der Personalunterlagen des Reichssicherheitshauptamtes, der Mörderzentrale des Dritten Reiches. Sie machten reichlich davon Gebrauch. Sie brauchten gar nicht viel Druck auszuüben, um diese Angeklagten für sich einzufangen. Unfaßbar bleibt es, daß der Bundesnachrichtendienst jede gebotene Sorgfalt bei der Einstellung der Angeklagten in seine Dienste vermissen ließ; über zehn Jahre lang konnten sie ihr dunkles Handwerk ausüben, ohne daß auf sie der Schatten eines Verdachts fiel. Hier liegt ein geradezu strüfliches Versagen vor. Daß die Angeklagten im Reichssicherheitshauptamt tätig und damit für Erpressungsversuche anfällig waren, hätte auch den Verantwortlichen im Bundesnachrichtendienst bekannt sein müssen. Sie gingen darüber hinweg, maßen dem keine Bedeutung bei - eine folgenschwere Nachlässigkeit, die nicht zu tolerieren ist. Eine gründliche Durchleuchtung der Personalpolitik ist geboten, soll in Zukunft nicht ähnliches geschehen. Hier hat jede Rücksichtnahme auf alte Kameraden zu fallen.

Aus dem Zeitgeschehen:

Globke und kein Ende

Sprechen wir nicht von dem Kasperltheater, das sich Ulbrichts sogenannte Justiz hat einfallen lassen. Der Fall Globke, den es durchaus gibt, verträgt solche "Schützenhilfe" schlecht. Weit davon entfernt, Wirkung zu erzielen, bringen die in Ostberlin erhobenen Anklagen nur unsere Bundesregierung in Verwirrung. Derart in Verwirrung, daß sie nur noch mit einer Demonstration zu antworten weiß. Nur - und darin freilich unterscheidet sich die Bundesrepublik erheblich von Ulbrichts System -, daß solche Demonstrationen nicht ungeprüft hingenommen werden.

Der Ostberliner Schauprozeß gegen Globke, besagt der Kabinettsbeschluss, "soll offensichtlich den Höhepunkt der seit Jahren betriebenen Hetze gegen den engsten Mitarbeiter des Bundeskanzlers bilden und die Amtsführung des Regierungschefs zum Schaden der Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit belasten". Abgesehen davon, daß Adenauers Kabinett die Wirkung des Ostberliner Streifens beträchtlich überschätzt: Wenn irgend etwas in dieser Sache der Bundesrepublik, ihrem Ansehen, ihrer Glaubwürdigkeit geschadet hat, so doch wohl die Tatsache, daß Globke allen Warnungen zum Trotz auf seinem Posten gehalten wurde. Er ist nun einmal Kommentator der Nürnberger Gesetze; und dies allein sollte, auch wenn ihm kein strafrechtlich faßbares Delikt nachzuweisen ist, genügt haben, Globke für eine Schlüsselposition in Bonn zu disqualifizieren. - Wenn die Bundesregierung partout noch einmal (vor der endlich bevorstehenden Pensionierung des Staatssekretärs) offiziell auf den Fall einzugehen sich bemüht fühlte, so war es bestimmt nicht erforderlich, über die früher erteilten "Persilscheine" noch hinauszugehen. Hat Globke wirklich, wie ihm da jetzt bescheinigt wird, "den unmenschlichen Plänen und Maßnahmen des nationalsozialistischen Regimes nach Kräften entgegen gearbeitet"? Jüngst bekanntgewordene Dokumente, zu denen er geflissentlich schweigt, scheinen geeignet, der summarischen Behauptung der Bundesregierung einiges von ihrer Berechtigung zu entziehen.

entn. der "Süddeutschen Zeitung" v. 10. Juli 1963

Rückzug aus der Landespolitik

Ein begrüßenswerter Entschluß des Bundesverteidigungsministers

sp - Der Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel hat sich nunmehr entschlossen, auf sein Parteiamt als Landesvorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein zu verzichten. Er hat auf dem Landespartei-tag der CDU in Bad Segeberg verbindlich angekündigt, daß er im nächsten Jahr im Juli das Amt des Landesvorsitzenden niederlegen und als seinen Nachfolger den neuen Regierungschef Dr. Helmut Lemke für das Parteiamt vorschlagen wird.

Im Jahre darauf, 1965 also, will von Hassel dann für den Bundestag kandidieren und sein Landtagsmandat in Kiel abgeben, das er ohnehin seit seiner Amtsführung als Bundesverteidigungsminister nur einmal in einer Plenarsitzung noch ausgeübt hat. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, dem Bundesverteidigungsminister Strauß, wird Hassel sich also schrittweise aus der Landespolitik zurückziehen und auch gewissermaßen auf seine Hausmacht im nördlichen Bundesland verzichten. Jedenfalls wird der Bundesverteidigungsminister nur noch in zweitem Glied der nördlichen Landespartei marschieren, wenn er als einer der vier stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt werden und das Bundestagsmandat gewinnen sollte.

Welche Motive für diesen Entschluß auch immer bei von Hassel selbst vorhanden sein mögen, sie bedeuten in der Konsequenz, daß er sich stärker auf sein Amt als Bundesverteidigungsminister konzentrieren kann. Dieses Amt erfordert seinen ganzen Mann, so daß man von Hassel auch dringend anraten muß, nun keine großen Bundesparteiämter mehr zu übernehmen.

Der Etat des Bundesverteidigungsministeriums wird aller Voraussicht nach noch weiter anschwellen. 1962 wuchs er auf 16,3 Milliarden DM an. In diesem Jahr bewilligte das Kabinett zuerst 17 Milliarden, und nach der jetzt vorliegenden Fassung sind es bereits 18,4 Milliarden DM. Mit Sicherheit wird der Etat des Bundesverteidigungsministeriums schon im nächsten Jahr auf rund 20,5 Milliarden DM angewachsen sein, und was kommt, wenn die Bundesrepublik sich an der Polaris-Flotte beteiligen soll, ist noch nicht zu übersehen. Jedenfalls wird der Haushalt der Verteidigungslasten in den nächsten Jahren noch weiter wachsen.

Damit hat Kai-Uwe von Hassel den schon größten und ständig anwachsenden Haushalt eines Ministeriums zu verantworten. In der Waffentechnik wird es sehr viel erheblicher als früher darauf ankommen, welche Kriegsschiffe, welche Panzertypen und welche Flugzeugarten beschafft und auf welche neuen Schiffe, Panzer und Flugzeuge eines Tages umgestellt wird. Die Einführung der Raketen und noch komplizierterer elektronischer Geräte ist im Fluß.

Nicht immer konnte man in der letzten Zeit bei den waffentechnischen Entscheidungen des Ministeriums voll zufrieden sein. Aber jede Fehlentscheidung oder auch nur unnötig kleine Serie bedeutet im Verteidigungsetat schon die Ausgabe von mehreren hundert Millionen DM. Von Hassel wird gut daran tun, wenn er sich in der nächsten Zeit vor allem mehr dem Amt für Waffentechnik widmet und rechtzeitig in die Entwicklung der Waffentechnik hineinleuchtet. Hier muß rationaler, sparsamer und für die Truppe wirksamer gewirtschaftet werden. Dafür gibt es manches Beispiel.

Bedrängte Kirche

Vor Maßnahmen gegen die Evangelische Kirche in der Zone ?

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Der Generalsekretär der CDU, Götting, hat auf der XIV. Tagung des CDU-Hauptvorstandes in einer Rede, die am Wochenende im Wortlaut veröffentlicht wurde, über einen neuen scharfen Angriff auf die Leitungen einiger evangelischer Landeskirchen hinaus auch die Möglichkeit von Maßnahmen angedeutet. Angriffe gegen die Kirche in solcher Schärfe waren seit langem nicht mehr zu verzeichnen.

Ohne Zweifel sprach der CDU-Generalsekretär im Auftrag des ZK der SED und der Sowjetzonenregierung, als von ihm maßgeblichen Repräsentanten der Kirche in der Zone eine "Verletzung der Verfassung" vorgeworfen wurde, die man "nicht dulden werde". Daß man es von staatlicher Seite diesmal nicht mit diesem Angriff bewenden lassen wird, geht allein schon daraus hervor, daß der CDU-Funktionär für die Haltung der Kirche einige zur Zeit "noch in den Landeskirchenleitungen sitzende Kirchenmitglieder" verantwortlich macht, "die die Lage nicht real einschätzen".

Bei dem neuen Angriff auf die Evangelische Kirche in der Zone und der Androhung von Maßnahmen, geht es um eine Stellungnahme der Landes-synode Sachsen und um die "Zehn-Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche". In beiden Stellungnahmen, die sich ausschließlich auf die Gestaltung der inneren Angelegenheiten der Kirche bezogen, wurden den Pfarrern und Gemeindefmitgliedern eine Zurückhaltung in der Beurteilung politischer Angelegenheiten empfohlen.

Diese Mahnung zur Zurückhaltung und die Ansicht "Kirche muß Kirche bleiben", werden als eine "Provokation" und als ein "kirchliches Maulkorbgesetz" bezeichnet, das - so heißt es wörtlich - "in Westberliner und westdeutschen Kirchenkreisen für den Kalten Krieg gegen die DDR vorbereitet worden sei". Die Schärfe des Angriffs und die drohende Haltung des SED-Staates gegenüber der Kirche deutet im Gegensatz zu der Prognose des CDU-Funktionärs Götting an, daß die Empfehlungen der Kirchenleitungen unter der Bevölkerung der Zone ein so starkes Echo gefunden haben, daß sich die SED jetzt gezwungen sieht, das von ihr bisher aus propagandistischen Gründen gepflegte Bild einer leidlich guten Zusammenarbeit mit der Kirche zu revidieren. Schließlich sind ja die von Götting an den Eranger gestellten Stellungnahmen der Kirche nicht neuesten Datums. Die Erklärung der sächsischen Landessynode z.B. stammt aus dem Monat März.

Die durch die neue Kampfansage gegen die Kirche gekennzeichnete Situation macht die Vergeblichkeit aller bisherigen Bemühungen des SED-Staates deutlich, über eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Geistlichen und Kirchgemeindegliedern, die dem Regime ergeben sind, einen entscheidenden Einfluß unter den Anhängern der Evangelischen Kirche zu gewinnen. Auch das bisher selbst von Ulbricht immer wieder festgestellte "gute Verhältnis zwischen Staat und Kirche", das in Wirklichkeit nicht bestand, aber für die Pankower Propagandisten eine nützliche Fiktion bei der Arbeit mit den christlichen Bürgern war, ist für die Erreichung der eigentlichen Ziele der SED wirkungslos geblieben.

So ist es nicht überraschend, daß der CDU-Funktionär bei seiner neuen Kampfansage gegen die Kirche die bisherige Taktik umkehrt und erklärt, die Bereitschaft der Kirchenfunktionäre und der Pfarrer zu Aussprachen mit den Vertretern des Staates reiche nicht mehr aus. Diese Aussprachebereitschaft auf kirchlicher Seite wird jetzt sogar als ein berechnender Schachzug hingestellt, als eine Art Tarnschild, hinter dem die Vertreter der Kirche umso stärker gegen eine aktive Teilnahme der christlichen Bürger am "sozialistischen Aufbau" tätig sein könnten.

Die Landeskirchen der Zone und die Mehrheit der Pfarrer werden offen als Treibsand in der Maschinerie des "sozialistischen Aufbaus" bezeichnet. Wenn nicht alles wünsch, ist damit ein neues Stadium in der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche eingetreten. Daß der SED-Staat dabei weit rücksichtsloser als bisher vorgehen wird, mag schon daraus zu erkennen sein, daß der CDU-Spitzenfunktionär die Empfehlung zur Zurückhaltung bei politischen Stellungnahmen als schweren Verfassungsbruch hinstellt. Ausgerechnet ein "bürgerlicher" Staatsfunktionär von Gaden Ulbrichts hat die Dreistigkeit, auf Artikel 9 der Zonenverfassung hinzuweisen, der das "Recht der öffentlichen freien Meinungsäußerung" garantiert, wegen dessen Inanspruchnahme niemand bestraft werden dürfe". Diese Argumentation im Kampf gegen die Kirche ist der Höhepunkt einer dialektischen Rabulistik, der nur Anhänger totalitärer Diktaturen fähig sind.

+ + +

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Die auf der Grundlage der neuen Verfassung neu formierte jugoslawische Staatsspitze hat in der personellen Besetzung keine wesentlichen Überraschungen gebracht. Das Prinzip der "Rotation", demgemäß in Zukunft alle politischen Ämter nur noch während einer oder höchstens zwei Legislaturperioden bekleidet werden können, kam diesmal noch nicht zur vollen Geltung. So tauchten im großen und ganzen wieder die Namen im obersten Staatsapparat auf, die nun schon fast zwei Jahrzehnte maßgeblich die Geschicke des Landes bestimmen.

Titos historisch motivierte Sonderstellung hatte ja bereits ihren verfassungsrechtlichen Niederschlag gefunden: er blieb von allen zeitlichen Beschränkungen ausgenommen. Damit war die vierte einstimmige Wiederwahl des 71-jährigen zum neuen Staatspräsidenten Jugoslawiens gesichert. Wieviele Amtsperioden noch folgen werden, hängt jetzt nur noch von der physischen Konstitution Titos ab. Eine gewisse Tendenz zur Schonung dürfte zweifellos auch in der Tatsache erblickt werden, daß Tito neuerdings auf viele bisher bekleidete Positionen verzichtet hat. So hat er das neugeschaffene Amt eines Ministerpräsidenten, das er faktisch bisher innehatte, aufgegeben, aber auch auf die Wiederwahl zum Vorsitzenden der "Sozialistischen Allianz des Werktätigen Volkes Jugoslawiens", einer Massenorganisation nach Vorbild der "Nationalen Front" in den kommunistischen Ländern verzichtet.

Unabhängig davon, sind erstmalig in der Nachfolgefrage einige klarere Akzente gesetzt worden, wenngleich dieses Problem durch das Rotationsprinzip an politischer Erstrangigkeit verloren haben dürfte. Die bisher zwischen Alexander Rankovic und Eduard Kardelj patte-stehende Partie hat sich zugunsten Rankovic's verschoben. Mit der Wahl zu dem erstmals geschaffenen Amt eines Vizepräsidenten sind ihm die verfassungsrechtlich noch nicht genau umschriebenen Vertretungsfunktionen des Staatspräsidenten zugefallen, die bislang in Titos Abwesenheit stets Kardelj ausgeübt hatte. Kardelj ist mit der Übernahme der Funktionen des Parlamentspräsidenten vor dem von diesen Posten auf das Amt des Regierungschefs übergewechselten Starobic Nr. 3 in der jugoslawischen Staatshierarchie geworden; muß doch die Parlamentspräsidentenschaft als politisch stärker als das Amt des Regierungschefs gewertet werden. Ob diese Akzentverschiebung zuungunsten Kardeljs Ergebnis der jugoslawischen Wiederveröhnung mit dem Ostblock ist, wo er wegen seiner früheren ideologischen Stellungnahmen noch immer mit einer gewissen Skepsis angesehen wird, kann mit letzter Sicherheit nicht bejaht werden. Die Tatsache jedoch, daß Rankovic der Reisebegleiter des sowjetischen Staatspräsidenten Brechnjew während dessen Reise in Jugoslawien im Herbst vergangenen Jahres war und auch er Tito auf dessen winterlichen Urlaubsreise in die Sowjetunion begleitete, stützt solche Vermutungen.

Aus ihnen jedoch weiterreichende politische Schlußfolgerungen zu ziehen, wäre vermessen. Die Existenz verschiedener politischer Strömungen in der jugoslawischen Partei ist von allerhöchster Stelle offiziell wiederholt zugegeben worden. Das Faktum bleibt jedoch unberührt, daß in der jugoslawischen Nachfolgefrage das politische Pendel eindeutig zugunsten Rankovic's ausgeschlagen hat.